

Geöffnet täglich
früh 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Redaktion und Geschäftsräume
Sachsenstrasse 33.
Sprechstunden der Herausgeber
Vormittag 10—12 Uhr.
Nachmittag 4—5 Uhr.
Für die Räume eingerichteter Raum-
zettel nach der Redaktion nicht
verwendbar.
Ausgabe der für die näch-
stgelegene Nummer bestimmten
Zeitung am Wochentagen bis
5 Uhr Nachmittags, am Sonn-
tag und Feiertagen früh 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.
In den Filialen für Int.-Anzeiger:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Rechts Sotheby, Katharinenstr. 18, p.
nur bis 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nº 384.

Freitag den 24. December 1880.

74. Jahrgang.

Bur gesälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonnabend den 25. December nur Vormittags bis 12 Uhr
geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Zu Konstituierung der Distriktsversammlungen und Vornahme der Vorschlagswahlen für die Distrikts-
vorsteher ist von uns

Montag, den 27. lauf. Mon., Vorm. 11 Uhr

anberaumt worden.

Indem wir mit Bezugnahme auf die §§. 12 und 15 der neuen Armenordnung für die Stadt Leipzig
die Herren Pfleger hierzu in Kenntnis seien, zu fordern wir dieselben, soweit sie nicht gegen die Wahl Re-
clamation eingemengt haben, hierdurch auf, zu gegebener Zeit im großen Saale der Centralhalle, woselbst
die Wahlen stattfinden sollen, pünktlich sich einzufinden.

Leipzig, den 23. December 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Aus Österreich.

Die politischen Verhältnisse in dem großen
Staatenkonglomerat, welches man unter dem
Namen „Österreich“ zusammenfaßt, sind wenig
erfreulicher Art. Die Regierung begeht den alten
Fehler, an welchem noch alle österreichischen Regie-
rungen der letzten Jahre gescheitert sind: sie be-
günstigt eine Nationalität auf Kosten der andern.

Die gegenwärtige Regierung, das Ministerium
Taaffe, ist läberräudlich und hat speziell die
Gedanken in ihr Herz geschlossen. Sie sieht mit
Sofaschiffen den lärmenden Demonstrationen dieses
mit Hilfe der Deutschen zu einer notdürftigen
Einsatz gebrachten Volksaufstandes zu, aber freut sich
gar über diese Art von Politik, die schließlich in
wüsten Szenen aus der Stroh gebrüdernden Nach-
richten, während über dem den tsch.-öster-
reichischen Liberalismus das Damoklesschwert des
rigoros gehandhabten Gesetzes schwimmt. Daß die
politische Situation unter solchen Umständen
sonderbar und verworren aussieht, ist nur zu be-
greiflich.

Alle vernünftigen Leute in Österreich halten
einen Gefüngnispact im öffentlichen Leben für
eine dringende Notwendigkeit. Daß aber der
bekannte Ritter von Schönerer der Weißflas sei,
der die Wiedergeburt der Monarchie herbeizuführen
würde, daran darf glücklicherweise Niemand
dieselt und jenseit der Weißflas. Um so verwunder-
licher erscheint es, daß jetzt in Österreich Niemand
mehr den Ruhm besitzt, politische Reformen zu
beantragen, als etwa dieser same Ritter,
der für den österreichischen Parlamentarismus
ungeheure Daseife darstellt, wie Herr von Ludwig
für den deutschen.

Der Ritter von Schönerer hat neulich beantragt,
daß Wahlrecht in Österreich zu reformieren, und
daß er das allgemeine gleiche und direkte
Wahlrecht haben. Damit ist es diesem Sensations-
und Standart-Politiker wohl schwerlich erlaubt; ebenso-
wohl wie den Ultramontanen, die seinen Antrag unter-
stützt haben. Vielleicht ist der Antrag aus dem
selben „taktischen“ Gründen gestellt, aus denen
einst die Ultramontanen im preußischen Abgeord-
netenhaus die Einführung des allgemeinen Wahl-
rechts beantragten. Obwohl ist es zweifellos, daß
der Antrag abgelehnt wird, denn die Mehrheit
im österreichischen Abgeordnetenhaus wie im Reichs-
rat hält konsequenter Weise an dem bisherigen
Wahlrecht fest.

Der Ritter von Schönerer ist wie die Berliner
Centrumsführer ein Demagog, der, auf den Seelen-
gang ausgehend, um die Wahl seiner Mittel nicht
verlegen ist. Wir müssen aber doch unsere Über-
zeugung dahin aussprechen, daß gerade in Österreich
es noch ist, daß etwas Raum geschaffen
werde für eine freiere Bewegung. Das gegen-
wärtige Wahlrecht setzt die parlamentarischen
Körperschaften aus den buntesten Interessengruppen
zusammen und dieser Zustand ist es, der einen
unwohnlichen und für alle Geschäftshäuser des
Reiches vorstellbaren Frieden zwischen den einzelnen
Völkerstaaten verhindert.

Eine weitere Ausdehnung des Wahlrechts würde
die Verständigung erleichtern. Sie würde den
Wahlzettel abgeben zu einem frischeren politischen
Zustand, das endlich einmal die dumpfe und
frostige Atmosphäre beseitigen würde, die wie ein
bedrohlicher Wind in Österreich lastet.

Einen solchen Umwandlungswunsch will freilich
der Ritter von Schönerer nicht herbeiführen; es ist
ihm vielmehr nur um einen parlamentarischen
Standort zu thun, der sich, wie Schönerer hofft,
an die Verhöhung des Antrags hoffen wird. Erwartig
ist es, daß man die wichtigsten Fragen auf
diese Weise behandelt und daß in demselben Lande,
wo vor 100 Jahren Josef II. seine allmählichen und
tief angelegten Reformen begann, ein politischer

Einzig ist, welcher es wagen darf, Reformen im
Sinne der Zeit zu verlangen.

Alle Leute von Einfluß, welche jetzt in Öster-
reich dem Zechenthum und dem Feudalismus Vor-
schub leisten, erwählen wahrscheinlich ihrem Vaterlande
den schlechtesten Dienst, den man sich denken kann.
Wenn die von dem Ministerium jetzt beliebte Be-
vorzugung einzelner Nationalitäten weiter geht,
wird Österreich in sich zerdrücken. Und das ist
um so bedenklicher, als der Pan-Slavismus uns
seine Vorposten immer weiter nach Westen vorzieht,
so daß Österreich jetzt die leichte Vormauer gegen
denselben bildet. Freilich, eine schwache Vormauer,
wenn in derselben ein Culvertvortrag vom Schlag
der Eichen durch seinen Terrorismus sich die Ober-
hand zu verschaffen weiß.

Politische Übersicht.

Leipzig, 23. December.

Von einem Reichstagabgeordneten aus Süß-
deutschland, der wiederholte im Parlament das
Wort in auswärtigen Angelegenheiten
ergriffen, wird uns geschrieben: „Der französische
Vorschlag, daß die europäischen Mächte die Schließung
der griechisch-türkischen Differenz durch einen
Schiedsspruch in die Hand nehmen sollen, ist
eine legitime Verzweigungsabsunst der Friedens-
partei, um diese Angelegenheit den Kammern bei-
deren Wiederzusammentritt am 11. Januar f. J. in
einer schädlichen und nach seiner Seite com-
promittierenden Gestalt vorlegen und zugleich
eine Art von Erfolg aufzuweisen zu können. Bei
dem großen Interesse, welches die deutsche Regierung
jedermann am Tag legt, die französische Friedens-
partei auf alle mögliche Weise zu stützen, ist die
freundliche Aufnahme des Vorschlags in Berlin
wohl zu erklären, während andererseits das eng-
lische Cabinet in noch viel dringenderen Umständen
nach diesem rettenden Strohbaum greift. Daß
sich dabei irgend Demand der Täuschung hingiebt,
es ließ sich auf diesem Wege wirklich zum Ziel
gelangen, ist nicht wohl anzunehmen. Abgegeben
davon, daß es ganz unverständlich ist, über welche
Streitfrage denn eigentlich der Schiedsspruch der
Mächte ergehen soll, nachdem dieselben im Juni
sich für eine genau bestimmte Grenzlinie aus-
gesprochen und im August der Pforte jede
Modifikation derselben rundweg abgeschlagen
haben — abgesehen davon ist es auch praktisch
gar nicht zu erwarten, daß die Pforte gemäß
der von deutscher Seite nachdrücklich gefestigten
Befriedigung sich dazu verstellen sollte, dem
Schiedsspruch sich zu unterwerfen. Derselbe könnte
doch auf nichts Anderes hinauslaufen, als zwischen
ihrem letzten Angebot und dem Vorschlage der
Berliner Konferenz irgendwie und wo eine Mittellinie
zu ziehen. Derartige Concessions würden sich
die türkischen Staatsmänner vielleicht im
höchsten Falle abröhren lassen, aber nicht im
Vorans in die Hände derselben Mächte geben, welche
aus der Berliner Konferenz die Bestimmung des Ber-
liner Vertrages so weit als möglich zu Gunsten
Griechenlands ausgelegt haben — es müßte dann
sein, daß der Pforte unter der Hand Zusicherungen
gegeben würden, welche den Schiedsspruch zu
reiner Komödie und zur bloßen Deduktion für den
Rückzug aus der in diesem Sommer genommenen
Position machen würden. Allem Anschein nach
aber ist die Sache nur darauf angelegt, die euro-
päische Diplomatie auf einige Wochen oder Monate
mit Anstand zu beschäftigen, bis die französische
und die englische Regierung über ihre schwierigen par-
lamentarischen Schwierigkeiten hinaus oder
daran gescheitert sind; und vielleicht ist damit der
Nebenzweck verbunden, der griechischen Regierung
den vorliegenden Rückzug aus der gerüschvollen
Angrißstellung zu erleichtern.“

Wir weisen mit Vergnügen darauf hin, daß
sich in Frankreich in letzter Zeit der Sinn für

Bekanntmachung.

Der Preis der in hiesiger Gasanstalt produzierten Gase, deren Verlauf Herr Louis Weitzer
hier kommissionärweise übertragen ist, beträgt vom heutigen Tage an für jeden Hectoliter
loco Gasanstalt 70 Pfennige und einschließlich des Fuhrzugs bis an das Haus 85 Pfennige.
Leipzig, den 24. December 1880.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Dr. Georgi.

Dr. Mangemann.

908 Mark

sind mir durch Herrn Carl Linnemann für die Schutzmannschaft des Polizeiamtes heute zugestellt worden.
Ich behalte dies hiermit dankend.

Die Handelskammer.
Dr. Wachsmuth, Vorst. Dr. Gensel, G.

Ergänzung des Börsenvorstandes und der Commission für Notirung der Productenpreise.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß in den Börsenvorstand an Stelle des aus
Gefüngschaftsleidenschaft ausgeschiedenen Herrn Kammeroth Anton Meyer Herr Emil Möller (Firma
Becker & Co.) und in die Commission für Notirung der Productenpreise an Stelle des Herrn Guido Malz,
welcher Krankheit halber sein Amt niedergelegt hat, Herr Georg Schröder jun. (Firma G. G. Stöckel)
gewählt worden und eingetreten sind.

Leipzig, den 23. December 1880.

Die Börsenkommission.

Dr. Wachsmuth, Vorst. Dr. Gensel, G.

vier unteren Stufen der Classteuer, 2) die all-
mäßige Besteuerung dieser Steuer als Staatsteuer
und 3) die Überwerbung der Hälfte der Grund- und
Gebäudesteuer an die Communalverbände.

Um diese Aufgaben in ihrem ganzen Umfang
zu erreichen, genügen weder die jetzigen noch die
zu erwartenden Erträge der bestehenden Reichs-
steuern und Zölle; vielmehr ist eine weitere Durch-
führung der Reichssteuerreform die unerlässliche
Voraussetzung für eine richtig geregelte Entlastung
der preußischen Steuerzahler und der Communal-
verbände.

In Beratung der Reichsbestätigung des Pre-
ußigen Werner ist jüngst in Berlin eine Ver-
sammlung hochangesehener und bekannter Männer
aus fast allen Theilen Preußens und auch des
übrigen Deutschlands zusammengetreten, um über
die Mittel zu berathen, durch die einer weiteren
Ratholifizierung der evangelischen Kirche
vorgehengt werden könne. Man hat es als nächste
Aufgabe angesehen, die Gemeinden in weiterem
Umlange, als das bisher geschehen, für die anti-
orthodoxe Bewegung zu interessieren, und zu diesem
Zwecke beschlossen, durch eine Reihe von Vorträgen,
die in allen Provinzen Preußens über kirchliche
Fragen gehalten werden sollen, zunächst ein tieferes
Verständniß und zugleich auch eine lebendigere
Theilnahme für den nicht mehr vermeidbaren
Kampf zu erwecken.

Das amtliche Blatt des Herzogthums Sachsen-
Coburg-Gotha, die „Corburger Zeitung“,
bringt an herborragender Stelle folgende Aus-
kunft:

In den offiziellen Nachrichten, in welchen Ihre
Majestät die Königin Victoria von England, in ihrer
Eigenschaft als Oberhaupt des englischen Königshauses,
den Fürstlichkeiten von der Geburt eines Sohnes des
Herzogs und der Herzogin von Cumberland bestätigt,
gibt, nennt sie den Herzog „Se. König Albert Prinz
Ernst August, Herzog von Cumberland und Teviot-
dale, Earl von Armagh“ bezeichnet ihn also aus-
schließlich als englischen Prinzen. Es wäre sehr zu
wünschen, daß der Herzog von Braunschweig, von
welchem klarlich die Zeitungen ein leicht miszu-
deutendes Telegramm an die Weltelpartei in Han-
nover, auch in Bezug des neugetauften Prinzen,
vermeldeten, sich derselben Klärheit und Correctheit
bescheinige, wie Ihre Maj. die Königin Victoria.“

Die Berliner agitieren gegen die Verhinderung
der Stadt Hannover an dem Hochzeitseventeile
für den Prinzen Wilhelm. Ein welsches Blatt,
die „Wiederschläge des Volkszeitung“, ist wegen eines
Artikels, in welchem gegen die Verhinderung an
diesem Hochzeitseventeile gezeigt wird, „da die
Hannoveraner eine solche Zumutung mit Ent-
sättigung zurückweisen müßten“, mit Beschlag belegt
worden. Das Organ des Herrn Dr. Oetzel, die
„Deutsche Volkszeitung“, meint, daß die Hannoveraner
gar kein Interesse daran hätten, das prinzliche
Paar mit Silbergerüst für die fürristische
Casel zu verfolgen, und macht daraus aufmerksam,
daß man die Sammlungen zu einem Geschenk für
den eigentlichen Fürstensohn Hannovers, den Herrn
von Cumberland, politisch inhibirt hätte.

Die Majorität des österreichischen Abgeord-
netenhauses ist durchaus versuchstümlich; aber
trotzdem nicht immer geneigt, den Wünschen zu
folgen, welche von den Clubs der Linien des
Hauses eingeschlagen werden. So hat die Budget-
Commission jetzt beschlossen, dem provisorischen
Budget ihre Zustimmung zu geben, sich also auf
den schlußreichen Block der Steuervermeidung nicht
eingelassen. Motiviert ist der Vorschlag lediglich
mit der Rohlwendigkeit, für die verfassungsmäßige
Fortführung des Staatshaushalt's Vorzorge zu
treffen. Die Frage, wie die Majorität zu dem
Ministerium in politischen Fragen steht, ist also
mit Recht herausgeklungen. Uebrigens liegt man
in Wien, daß Graf Taaffe einen größeren Prä-
sidenten beauftragte.